

Als Bundesanwalt beschäftigte er sich mit dem Linksterrorismus der RAF, als Chef des Verfassungsschutzes beim Innenministerium in Brandenburg bekämpfte er nun schwerpunktmäßig den Rechtsradikalismus: Wolfgang Pfaff.

Inge Günther sprach mit ihm in Potsdam über das Umfeld und die Bekämpfung rechtsextremistischer Gruppen, über das vorläufige Scheitern der »Kinkel-Initiative« und über Notwendigkeit des Verfassungsschutzes.



»Ein Verfassungsschutz ist nicht unabdingbar ...«

■ **NK:** Als Bundesanwalt hatten Sie sich vor allem mit dem Linksterrorismus, sprich RAF, zu beschäftigen. Seit Ende 1991 sind Sie Chef des Verfassungsschutzes beim Innenministerium in Brandenburg und prompt beim entgegengesetzten Thema gelandet: dem Rechtsradikalismus. Was eint oder unterscheidet den Terror von rechts und links?

Pfaff: In beiden Fällen werden politische Extrempositionen formuliert. Im Rechts- wie im Linksextremismus ist Gewalt als ideologischer Bestandteil mit einbezogen. Im Linksterrorismus werden schwere Straftaten mit Blick auf die Schaffung einer heilen Welt gerechtfertigt, die in der Zukunft

liegt. Hingegen denkt der Rechts-extremist an gestern. Der eine will die Verhältnisse der Vergangenheit wiederherstellen bis hin zu absolutistischen oder kriminellen Systemen, wenn man an die angestrebte Wiederherstellung nazistischer Diktaturen denkt. Der andere rechtfertigt die Begehung schwerer Straftaten als Katalysator für eine strahlende konfliktfreie Zukunft.

■ **NK:** In der Vergangenheit haben Verfassungsschützer ihren Schwerpunkt auf Bekämpfung des Linksterrorismus gesetzt. Im Osten hatten sie aber im letzten Jahr nur mit Rechtsextremisten zu tun, oder sehen wir das falsch?

Pfaff: Es ist der zentrale Schwerpunkt unserer Aufgabe. Es gibt natürlich auch linksextremistische Aktivitäten, zum Beispiel im Bereich gewaltbereiter Autonomen, wobei man aber aufpassen muß: Nicht alles, was auf diesem Felde geschieht, verknüpft sehr weitgehende politische Zielsetzungen mit Gewaltanwendung. Das ist in Brandenburg differenzierter zu sehen als in Westdeutschland. Ich spreche nicht von alternativen Lebensformen, die eh auszuklammern sind, sondern einfach von Strömungen, die den radikalen Bruch der Gesellschaft fordern und zwar jenseits unseres Verfassungsverständnisses. Auch ist leider zu befürchten,

daß extremistische Aktivitäten ausländischer Gruppen wie der kurdischen PKK auf Ostdeutschland übergreifen werden.

■ **NK:** Wie gut, glauben Sie, sind Ihre Leute eigentlich informiert über das, was die rechte Szene treibt? Die Recherchen des israelischen Journalisten Yaron Svoray unter deutschen Rechtsradikalen haben ja weit höhere Mitgliederzahlen von teils verbotenen Organisationen wie der »Nationalistischen Front« (NF) ergeben, als jene, von denen hiesige Verfassungsschützer bislang ausgingen.

Pfaff: Hier kann man sich leicht irren. Vielleicht haben wir in Bran-

denburg die Zahl der NF-Mitglieder etwas unterschätzt. Es bleibt aber ein großer Widerspruch zu den Zahlenangaben Svorays, der sich auf Angaben des damaligen NF-Vorsitzenden beruft und von 8.600 Mitgliedern spricht. Vielleicht ist damit die Adressenliste der Leute gemeint, die von Meinolf Schönborn Bücher, Zeitschriften und ähnliches bestellt hatten.

■ **NK:** Was ist denn Ihren Leuten bei der Beobachtung der rechten Szene in Brandenburg aufgefallen?

Pfaff: Wir haben im letzten Jahr häufig rechtsextremistische Gewalt gehabt, bei denen größere Gruppen vor den Augen der Öffentlichkeit massiv Asylbewerberheime oder auch Polizeistationen angegriffen haben. Dieses Phänomen hat sich 1993 bisher so nicht wiederholt. Wir stellen fest, daß Gewaltaktivitäten eher von kleinen Gruppen und auch eher aus dem Hinterhalt heraus begangen werden. Zum Beispiel nimmt man bei Nacht und Nebel ein Motorrad, begibt sich in Richtung eines Asylbewerberheims, und der Beifahrer wirft dann im Vorbeifahren einen Molotow-Cocktail.

■ **NK:** Das klingt anders, gleichwohl nicht weniger gefährlich, als das, was im letzten Jahr gang und gäbe war: Als Jugendliche nach reichlich Genuß von Alkohol und Skin-Musik noch etwas »losmachen« wollten und gemeinsam zum nächstgelegenen Asyl- oder Ausländerheim zogen, um dort Brandsätze und Steine reinzu-schmeißen.

Pfaff: Das ist richtig: Tatsächlich zeichnet sich eine Tendenzverlagerung ab. Beim Vergleich der Zahlen aus 92 und den bisher vorliegenden aus 93 gehen wir davon aus, daß die Skinhead-Szene von etwa 1.200 Mitgliedern auf maximal tausend heruntergerechnet werden muß. Allerdings fallen nicht alle Täter äußerlich als Skin-Head auf. Ebenfalls ist es nicht ausschließlich so, daß sich Angriffe wie in dem geschilderten Beispiel abspielen. Wir haben vor einigen Wochen den Fall gehabt, daß im Bereich Rathenow ein Fahrzeug mit jugendlichen Gewaltaktivisten von der Polizei gestellt wurde. Darin lagen Molotow-Cocktails und

Baseballschläger, bei Hausdurchsuchungen wurde nazistisches Material gefunden. Da haben sie also eine Gruppe, die ihre Angriffe wahrscheinlich doch mit einer großen Zahl von Personen durchgeführt hat. Zudem gibt es eine dichte Folge von Schmierereien. Unsere vorsichtige Einschätzung lautet: es zeichnet sich eine Verlagerung zu rechtsextremistischen Aktivitäten ab, bei denen man sich nicht so offen positioniert.

■ **NK:** Das heißt aber auch, daß sich rechte Gewalttäter offenbar besser vorbereiten, mehr planen. Weist das nicht auf Verabredungen hin, die möglicherweise den Tatbestand einer kriminellen Vereinigung erfüllen?

Pfaff: Natürlich gibt es Personengruppen, bei denen wir den Verdacht einer kriminellen Vereinigung

annehmen. Zum Beispiel die sogenannten Wehrsportgruppen, die wir in Brandenburg haben. Es gibt da eine ganze Menge von Gruppierungen, die zunächst mal unser Augenmerk haben. Manche betreiben unter dem Deckmantel der sportlichen Ertüchtigung Wehrsport, manche bereiten sich relativ offen auf Gewaltanwendung vor. Bei einigen kann das ausgeschlossen werden, bei wieder anderen legen wir einen gewissen Verdacht zugrunde und gehen solchen Personengruppen nach.

■ **NK:** Wie nahe stehen solche Wehrsportgruppen Organisationen wie »Deutsche Alternative« (DA), »Nationalistische Front« (NF) oder dem jetzt ebenfalls verbotenen Förderwerk Mitteldeutscher Jugend?

Pfaff: Es ist schwer, diese Frage eindeutig zu beantworten. Wir haben sicher im Bereich der NF stärkere Anhaltspunkte dafür als bei der DA. Es gab bei der NF das sogenannte Nationale Einsatzkommando. Dort ist ein Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts wegen Verdachts der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung anhängig. Das sogenannte Förderwerk hat sich aufgrund von Zerwürfissen auf der Führungsebene von der NF noch vor deren Verbot abgespalten. Das FMJ zieht nicht ohne Erfolg junge Mitglieder an, saugt aber darüber hinaus Teile der verbotenen NF auf. Ich halte das FMJ mit Blick auf eine weitausegreifende konspirative Planung und eine kraß neonazistische Ideologie für besonders gefährlich. Wir wissen, daß das FMJ Kontakte zur Gruppe um den Neonazi Sven Ruda unterhält, der ja in seinen Wehrsportgruppen sogar das Töten von Menschen übt.

■ **NK:** Der wiederbelebte Rechtsextremismus ist zugleich auch ideale Legitimation für einen Verfassungsschutz, der sich nach der Wende die Frage gefallen lassen mußte: »Braucht man den eigentlich noch?«

Pfaff: Kein demokratisches Staatswesen ist vorstellbar ohne Justiz und Polizei. Hingegen kann man sich gedanklich durchaus vorstellen, daß ein Verfassungsschutz nicht unabdingbar notwendig ist. Insofern muß sich der Verfassungsschutz

seine Legitimation immer wieder neue erwerben oder auch verdienen, wobei ich weiß, daß das nicht die Mehrheitsmeinung meiner Kollegen ist. Dennoch bin ich überzeugt, daß es Aufgabenfelder gibt, die von Verfassungsschutzbehörden besser vorangebracht werden können als von Justiz oder Polizei.

■ **NK:** Was der Verfassungsschutz an Informationssammlung betreibt, muß aber nicht unbedingt von einem Geheimdienst erledigt werden, Verfassungsschutzgegner behaupten, da ließen sich ganz zivile öffentliche Stellen denken, die solche Dinge dokumentieren und in denen beispielsweise vor allem Sozialwissenschaftler mitarbeiten.

Pfaff: In Brandenburg sind wir eine Abteilung des Innenministeriums und keine eigene Verfassungsschutzbehörde. Dadurch sind wir an die politischen Informationen, die hier ein und aus gehen, unmittelbar angebunden und haben die Möglichkeit, selbst politisch zu wirken. Das hat sich beispielsweise in der Diskussion zum Verbot von DA und NF sehr günstig ausgewirkt. Wir haben das als politische Forderung formuliert und waren natürlich sehr froh, daß diese Diskussion über die Medien bundesweit verbreitet wurde, schließlich politischer Konsens erzielt wurde und der Bundesinnenminister das Verbot so schnell aussprach.

Das andere ist, daß wir Strukturbilder rechtsextremistischer Organisationen aufbereiten, die Organisationen ideologisch beschreiben und unserer Erkenntnisse den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung stellen. Zum dritten wirken wir mit, wenn es um das Verbot rechtsextremistischer Veranstaltungen geht. Hingewiesen sei auf die beabsichtigte rechtsextremistische Wallfahrt zum Soldatenfriedhof in Halbe. Dort hatten wir dank unserer Erkenntnisse nicht unerheblichen Anteil an der Verhinderung der geplanten »Heldengedenkfeier«.

■ **NK:** Zur Legitimation braucht der Verfassungsschutz also den Erfolg ...

Pfaff: In der Tat: Ich halte wenig von einem Beobachten um des Beobachtens willen. Alles, was wir hier in Brandenburg machen, mün-

„
Kein demokratisches Staatswesen ist vorstellbar ohne Justiz und Polizei. Hingegen kann man sich gedanklich durchaus vorstellen, daß ein Verfassungsschutz nicht unabdingbar notwendig ist.“

“

det ein in die konkrete Unterstützung der Politik und der Sicherheitsbehörden bei Bekämpfung aktueller gewaltorientierter Organisationen. Es gibt meiner Meinung nach eine Summe von Tätigkeiten, die sich alle organisatorisch in einer Schnittstelle kreuzen. Diese Aufgaben werden am besten von einer Behörde wahrgenommen, wie sie die nennen, ist eine sekundäre Frage. Der Begriff Verfassungsschutz hat sich aber nun einmal eingebürgert.

■ **NK:** Sie sind als Westbeamter in eines der neuen Länder gekommen, in dem frühere DDR-Bürgerrechtler an der Regierung beteiligt sind. Leute also, die zum Teil selbst die unangenehmsten Erfahrungen mit der Stasi gemacht haben. Können Sie denen vermitteln, warum nun der bundesdeutsche Verfassungsschutz der »gute« Geheimdienst sein soll?

Pfaff: Wir hatten natürliche Vorbehalte zu überwinden, die mag es ab und an auch jetzt noch geben. Wichtig war, daß wir das Verfassungsschutzgesetz und die damit verbundene praktische Tätigkeit den Prinzipien der weitestgehenden Offenheit und der demokratischen Kontrolle unterworfen haben.

■ **NK:** Wie weit schlagen sich denn solche hehren Prinzipien im brandenburgischen Verfassungsschutzgesetz nieder?

Pfaff: Soweit das in einem Landesgesetz möglich ist – es gibt ja die Zusammenarbeitspflicht, die im Bundesverfassungsschutzgesetz geregelt ist – haben wir eigene inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. So zielt unsere Arbeit vor allem auf die Bekämpfung gewalttätiger verfassungsfeindlicher Personen hin ab. Mit entsprechender Gesetzesformulierung soll dargestellt werden, daß wir dem Aufbau einer politischen Kultur im Lande nicht im Wege stehen wollen. Wenn an irgendeinem Institut Marxismus pur gedacht wird, muß nicht gleich der Verfassungsschutz dabei sein.

■ **NK:** Die »Befugnisse« des Gesetzes gestatten ihnen aber die ganze Palette der Geheimdienst-Künste: Verdeckte Ermittler, falsche Papiere, fingierte Legenden, versteckte Wanzen, etc. ...

”

Ich halte die sogenannte Kinkel-Initiative aus damaliger Sicht für einen wichtigen Versuch, das Problem RAF durch schrittweise positives Vorgehen im Sinne von Hafterleichterungen und Haftentlassungen zu lösen.

“

Pfaff: Das ist richtig, wir haben einen Katalog, der diese Dinge ermöglicht, Dinge übrigens, die auch durch die Strafprozeßordnung gedeckt sind. Aber wir sehen nicht im Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel das einzige Heil. Wir haben auch die Kontrollmechanismen stärker formuliert, als in den meisten anderen VS-Gesetzen. Gewisse nachrichtendienstliche Mittel müssen hier im Hause, und zwar vom Innenminister selbst, genehmigt werden. Die Informationsbefugnisse der parlamentarischen Kontrollkommission sind ebenfalls wesentlich weit gefächerter formuliert als üblich. Und wir haben dem

Datenschutzbeauftragten in Brandenburg besondere Rechte eingeräumt.

All das hat zu einem erträglichen Auskommen mit dem Bündnis 90 geführt. Wir haben in der Aufbau-phase Vertrauen aufgebaut, so meine ich. Das Problem ist, stets genügend Augenmerk und Sensibilität zu besitzen, um potentielle Fehler oder Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen.

■ **NK:** Über welchen der zahlreichen Verfassungsschutzskandale in Westdeutschland und Berlin haben Sie selbst sich eigentlich am meisten aufregen können?

Pfaff: Am absurdesten fand ich die Ereignisse um das Celler Loch.

■ **NK:** Und wobei haben Sie die Arbeit des Verfassungsschutzes besonders schätzen gelernt?

Pfaff: Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der RAF. Als Bundesanwalt in Karlsruhe war ich vor allem für diesen Bereich zuständig. Als über Alternativen zur herkömmlichen Bekämpfung der RAF nachgedacht wurde, hat sich das Bundesamt für Verfassungsschutz aus meiner Sicht hervorragende Verdienste erworben. Ich meine das sogenannte Aussteigerprogramm, dem die Prämisse zugrunde lag, daß die RAF ihre ideologischen Konturen verlieren und die Lösung der Gefangenenfrage in das Zentrum ihrer Bemühungen geraten werde. Bei allem Wenn und Aber ist diese Entwicklung auch eingetreten.

■ **NK:** Auch die Kinkel-Initiative – so umstritten das Wort von der »Versöhnung« sein mag – hat ja den Willen beinhaltet, einen Ausstieg aus der Gewaltspirale zu ermöglichen, einen dritten Weg aufzutun. Ist diese Initiative eigentlich nur ins Stocken geraten oder halten Sie sie inzwischen für gescheitert?

Pfaff: Die von Ihnen bezeichnete Kinkel-Initiative hat ja auf den vom Bundesamt im einzelnen entwickelten Vorstellungen aufgebaut. Ich halte die sogenannte Kinkel-Initiative aus damaliger Sicht für einen wichtigen Versuch, das Problem RAF durch schrittweise positives Vorgehen im Sinne von Hafterleichterungen und Haftentlassungen, stets natürlich orientiert

an gesetzlichen Möglichkeiten, zu lösen. Ich weiß, daß die sogenannte Kinkel-Initiative im Sicherheitsbereich insbesondere beim Verfassungsschutz aber auch in Kreisen der Polizei erhebliche positive Resonanz fand. Es gab aber auch erhebliche Widerstände, die dazu geführt haben, daß die erhofften Chancen entweder versandeten, bzw. im Einzelfall gesteckte Ziele nicht oder nicht rechtzeitig erreicht wurden.

Der Anschlag auf die JVA Weierstadt hat den Gegnern der Kinkel-Initiative Auftrieb verschafft. Inzwischen wurden bei einem Schußwechsel Birgit Hogefeld festgenommen und das RAF-Kommando-Mitglied Grams tödlich getroffen. Das läßt derzeit alle Anstrengungen in bezug auf die Kinkel-Initiative als aussichtslos erscheinen. Was später möglich ist, darüber kann heute nur spekuliert werden. Die Sicherheitslage hat sich mit den letzten Ereignissen erheblich verschärft.

■ **NK:** Wir danken Ihnen für das Gespräch!

Das Gespräch führte Inge Günther, Korrespondentin der Frankfurter Rundschau und NK-Mitarbeiterin

Wolfgang Pfaff

Der Neunundfünfzigjährige ist Leiter der Abteilung Verfassungsschutz beim Innenministerium in Brandenburg. Zuvor war er 14 Jahre lang als Bundesanwalt in Karlsruhe tätig, davon 12 Jahre als Leiter der Terrorismusfahndung. Zu seinen Berufserfahrungen gehören außerdem anderthalb Jahre als Staatsanwalt beim Bundesstrafregister in Berlin (1967-69) sowie mehr als sieben Jahre in der hessischen Staatskanzlei (1969-77).